



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Nigeria

2020

Die Sicherheitskräfte verübten gravierende Menschenrechtsverletzungen einschließlich Folter und anderer Misshandlungen. Außerdem griffen sie auf exzessive Gewalt zurück, was in einigen Fällen zu rechtswidrigen Tötungen führte.

Im Januar 2020 verletzten Sicherheitskräfte fünf IMN-Mitglieder bei einer Protestaktion in der Hauptstadt Abuja, bei der die Freilassung des IMN-Anführers Sheikh Ibraheem El-Zakzaky und seiner Frau Zeenah gefordert wurde.

Die staatlichen Stellen unterdrückten die Menschenrechte, einschließlich der Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Bewegungsfreiheit. Derartige Menschenrechtsverletzungen wurden besonders häufig im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Maßnahmen gegen das Coronavirus begangen: Im Zeitraum vom 30. März bis zum 13. April 2020 wurden mindestens 18 Frauen und Männer von Angehörigen des Justizvollzugs, der Polizei und des Militärs getötet. Die Nationale Menschenrechtskommission dokumentierte zwischen März und Mitte April 105 Beschwerden aufgrund von Menschenrechtsverletzungen. Dazu gehörte auch der ständige Einsatz exzessiver Gewalt durch die Sicherheitskräfte in 24 der 36 Bundesstaaten und im Hauptstadtterritorium Abuja.

Am 23. August 2020 schossen Sicherheitskräfte auf unbewaffnete Mitglieder der Separatistengruppe *Indigenous People of Biafra* (IPOB), die in einer Schule der Stadt Emene (Bundesstaat Enugu) eine Versammlung abhielten. Mindestens vier Menschen wurden getötet. Zeug_innen sagten, dass Angehörige des Inlandsgeheimdienstes (Department of State Services – DSS), der Polizei und der Streitkräfte am Ort des Geschehens gewesen

seien. Einige hätten direkt auf IPOB-Mitglieder geschossen, die Steine und Stöcke mit sich führten. Die Behörden gaben an, dass bei dem Vorfall auch zwei Angehörige der Sicherheitskräfte getötet wurden.

Im Oktober lösten Sicherheitskräfte unter Einsatz von exzessiver Gewalt friedliche Proteste und Versammlungen auf, darunter auch die #EndSARS-Demonstrationen, die sich gegen die Spezialeinheit zur Bekämpfung von Gewaltverbrechen (Special Anti-Robbery Squad – SARS) richteten. Insgesamt kamen dabei 56 Demonstrierende, Unbeteiligte und Angehörige der Sicherheitskräfte ums Leben.

Folter und andere Misshandlungen waren im gesamten Strafjustizsystem nach wie vor an der Tagesordnung und wurden von der Polizei (vor allem der SARS), dem Inlandsgeheimdienst DSS und dem Militär eingesetzt.

(Quelle: Amnesty International Report 2020/21)